

*Andrea Rebichini, Chiesa, Società e Stato in Cecoslovachia 1948—1968.*

CESEO-Liviana, Padua 1977, 135 S., brosch. Lire 6000 (Collana di Studi sull'Europa Orientale 17).

*Franciszek Kamiński, Religione e Chiesa in Polonia 1945—1975. Saggio storico-istituzionale.*

CESEO-Liviana, Padua 1976, 157 S., brosch. Lire 6000 (Collana di Studi sull'Europa Orientale 14 a).

In der Reihe der Osteuropastudien, die von der Universität Padua herausgegeben und von Milan S. Ďurica betreut wird, sind 1976/77 zwei Arbeiten zur Kirchengeschichte Ostmitteleuropas erschienen, zu einem Thema also, das in Italien eher am Rande liegt und dort bisher wenig beachtet wurde.

Hier ist vor allem die erstere Arbeit von Interesse. Andrea Rebichini behandelt das Verhältnis von Kirche und Staat (Kirche — Partei), die Trennung der beiden Bereiche, die Verfolgung und Isolierung der Kirchen (kath. und griech.-kath.), die innerkirchlichen Entwicklungen als Reaktion auf die staatlichen Repressionen und die Neuansätze in Kirche, Staat und Gesellschaft im Jahre 1968 in drei Abschnitten: 1. Von der Befreiung bis zum „siegreichen Februar“ (1945—1948) — 2. Staat und Kirche nach dem Februar 1948 — 3. Der „Frühling“ der Kirche im „Frühling“ der Gesellschaft (1968). Die Bibliographie enthält vorwiegend Quellensammlungen und Darstellungen in westlichen Sprachen. Aus der ČSR wurden vor allem Zeitungen und Zeitschriften wie *Katolícke noviny*, *Lidová demokracie*, *Svobodné slovo*, *Nový život*, *Kultúrny život*, *Literární listy* und *Rudé právo* herangezogen. Den äußeren Rahmen liefert die nationale und internationale Politik und Atmosphäre jener 24 Jahre: Die Befreiung 1945, die ČSR als Versuch einer Synthese von Ost und West 1945/48, der Coup de Prague, der Kalte Krieg, Tod Stalins und Gottwalds (1953), der 20. Parteitag der KPdSU 1956, Johannes XXIII. und das Konzil, die internationale Entspannungspolitik (Kennedy-Chruschtschow).

Die ersten Jahre nach der Befreiung bleiben, was die politischen Kräfte (Nationale Front), Kirche und Gesellschaft betrifft, etwas blaß: außer einem Blick auf die politische Stellung der Nachkriegs-tschechoslowakei und einigen antikirchlichen Maßnahmen — vor allem in der Slowakei, in Böhmen/Mähren ist man zunächst vorsichtiger — erfährt der Leser wenig über die Zeit vor dem Februar. Nach einem kurzen Rückblick auf die ältere Geschichte sowie auf die Rolle der Kirche in der Ersten Republik (Stichworte: Klerikalismus, Spaltung, politische Kompromittierung) setzt die Untersuchung mit dem Umschwung von 1948 voll ein, als die marxistisch-leninistische Ideologie zum politischen Leitfaden für Staat und Gesellschaft wurde. Nun folgten Schlag auf Schlag: die Besetzungen kirchlicher Institute, die Verstaatlichung der Schulen, definitive Enteignung allen kirchlichen Landbesitzes (ökonomische Grundlage des Klerus), obligate Ziviltreuung, Auflösung katholischer Organisationen.

1949 begann mit der „katholischen Aktion“ der Versuch, eine neue romunabhängige Tschechoslowakische katholische Kirche, also eine National- und Staats-

Kirche, ins Leben zu rufen und dadurch die Kirche zu spalten — gleichsam in Rückgriff auf historische Traditionen in Böhmen und der Tschechoslowakei (Hussitismus, Tschechoslowakische Kirche 1919). Gleichzeitig sprechen die katholischen Bischöfe in einem Hirtenbrief zum erstenmal offen von „Verfolgung“ (19. Juni 1949). Weitere antikirchliche Maßnahmen (totale Überwachung) lähmen jedwede religiöse Aktivität. Rebichini sieht in diesen Bestimmungen, die auf älteren österreichischen Gesetzen fußen, einen Rückgriff auf den Josephinismus. Der Klerus sollte von der Hierarchie getrennt, die Religionsausübung reine Privatsache werden. Die Bewegung der „patriotischen Priester“ fand jedoch im Volk und beim Klerus keine breite Unterstützung. Seit Sommer 1949 erstrebt man auf legislativem Wege und durch Gewaltanwendung die völlige Unterordnung der Kirche unter den Staat: die Priester werden staatliche Angestellte. 1950 erfolgte der diplomatische Bruch mit dem Heiligen Stuhl. 1950 ist auch das Jahr der Prozesse gegen Priester und Bischöfe, des Vorgehens gegen die Klöster, der zwangsweisen Rückführung der griechisch-katholischen Gemeinde in der Slowakei zur Orthodoxie. Mitglieder der „Friedensbewegung des katholischen Klerus“ leiteten seit dieser Zeit die katholische Presse, worin der Verf. einen „neuen politischen Klerikalismus“ sieht (S. 59). 1951 wurde der Prager Erzbischof Beran seiner Funktionen enthoben, die Welle der Prozesse rollte weiter bis 1953/54: die offizielle Kirche verschwand und wurde durch eine gefügige „chiesa d'apparato“ ersetzt — die Kirche ging in den Untergrund.

In den Jahren 1953—1956 sieht R. eine Zeit der Unsicherheit und der ersten Vorzeichen der Entstalinisierung: 1956 erreichte das erste „Tauwetter“ die Tschechoslowakei, der Druck auf die Kirche, die zur „schweigenden Kirche“ geworden war, ließ etwas nach, man beschränkte sich auf die Bewahrung des Status quo. Die Verfassung von 1960 spricht bezeichnenderweise nur noch von der religiösen Freiheit des Individuums, nicht mehr von der Kirche. In den frühen sechziger Jahren kann man eine gewisse Entspannung (Amnestien, Teilnahme tschechoslowakischer Bischöfe am Konzil) beobachten — ohne wesentliche Änderungen. Im ganzen ist die Darstellung dieser Zeit als einer Zeit des Übergangs und der Vorzeichen des Prager Frühlings, in der auch wieder Kontakte mit Rom (Paul VI.) angeknüpft werden, recht knapp gehalten.

Für 1968 zeichnet der Verf. zunächst die innerkirchliche Situation, den inneren Dialog der „schweigenden Kirche“, die aus den Verfolgungen innerlich gefestigt hervorging und nun eine Erneuerung anstrebte. Im Rahmen der allgemeinen demokratischen Erneuerung trug auch die Kirche ihre Wünsche vor: vor allem das Ende jeglicher Diskriminierung, die Rückkehr der Bischöfe auf die vakanten Stellen, ungehinderte Tätigkeit der Priester in den Gemeinden, Wiederherstellung der aufgelösten Orden, freie Ausbildung des priesterlichen Nachwuchses, freie religiöse Erziehung, Teilnahme der Kirche an den Kommunikationsmitteln und eine Einigung mit dem Vatikan.

Ein Teil dieser Forderungen wurde erfüllt, vieles blieb im Stadium des Dialogs, der Vorbereitungen und Versprechungen, als diese ganze Entwicklung im August gewaltsam abgebrochen wurde. Kennzeichnend für das neue kirchlich-politische Klima des Prager Frühlings ist das Werk für die konziliare Erneuerung (DKO).

Im „Frühling“ der Gesellschaft entstand somit auch ein Aufbruch der Kirche und der Gläubigen.

Kritisch anzumerken ist, daß die verschiedenen Entwicklungen in Böhmen/Mähren und der Slowakei sowie die Unterschiede zwischen der offiziellen Kirche und dem Kirchenvolk nicht immer deutlich zu erkennen sind — ebenso wie auch die politische Linie des Vatikans. Die kommunistische Kirchenpolitik wird mitunter zu isoliert gesehen — nicht im Rahmen der allgemeinen Gesellschaftspolitik und der politischen Bestrebungen der Zeit (so z. B. bei den Prozessen) —, ein Vergleich mit anderen Staaten wird kaum angedeutet.

Einen Vergleich mit der polnischen Entwicklung erhält man durch die Untersuchung vom Kamiński, die den Zeitraum von 1945 bis 1975 umfaßt. Gemäß der ganz anderen Bedeutung und Rolle des polnischen Katholizismus geht K. ausführlicher auf die Vorkriegszeit ein und erörtert einleitend das Verhältnis von Kirche und Staat für die kommunistischen Staaten Osteuropas generell. Grundlage seiner Analyse ist die Verfassung der Volksrepublik Polen von 1952 bzw. die entsprechende Gesetzgebung und Administration, wobei die Frage der Realisierung des Verfassungsgrundsatzes von der Freiheit des Gewissens und der Religion breiten Raum einnimmt.